

Erst kam er, dann kam es schlimmer

Fast am Anfang der Finanzkrise stand Jérôme Kerviel – jener Aktienhändler, der die Pariser Société Générale 5 Mrd. Euro kostete. Nun, wo die Untersuchung fast beendet ist, sieht sich der Franzose als erstes Opfer der Krise

LUTZ MEIER, PARIS

Es gibt heute Leute bei der Großbank Société Générale, die sagen, es sei eine glückliche Fügung des Schicksals gewesen, dass die Affäre, die den Namen Jérôme Kerviels trägt, aufgefliegen ist, kurz bevor die große Finanzkrise so richtig ausbrach. Natürlich sagt es keiner öffentlich. Aber wenn man den Verantwortlichen heute so zuhört, kann man schon zu dem Schluss kommen, dass die Société Générale deswegen vorerst so glimpflich davon gekommen ist, weil später die Subprime-Krise kam, die Pleiten und Beinahepleiten und die Milliarden vom Staat.

Wenn alles gut geht, wird die Société Générale in den kommenden Wochen weitere 1,7 Mrd. € aus der Bankenhilfe der französischen Regierung in Anspruch nehmen. Akute Liquiditätsprobleme hat die Bank dann vorerst keine. Für das abgelaufene Jahr rechnet sie mit einem Nettogewinn von 2 Mrd. €. Trotz Kerviel und Bankenkrise kann man sagen, dass die Bank, in der alles stattfand, heute besser dasteht als vor einem Jahr.

Damals sprach die Branche noch über die immensen Verluste der Société Générale. Jetzt spricht sie über die Hunderte von Milliarden, die der Bankensektor vernichtet hat. Vor einem Jahr fragten Politiker und Kritiker noch nach den Kontrollen bei der Société Générale. Jetzt fragen sie nach den Kontrollen der Finanzbranche. Plötzlich sieht die Affäre nicht mehr aus wie das Resultat des schweren Versagens einer einzelnen Bank – sondern wie ein Beispiel für die vielen Exzesse einer pflichtvergessenen Branche.

Zwar hat die Société Générale durch die unautorisierten Wertpapiergeschäfte ihres Händlers Kerviel fast 5 Mrd. € verloren, was die Bank geschwächt hat. Aber rasch erwischte es auch die Konkurrenten. Nur kurze Zeit wurde die Société Générale nach der Affäre als Übernahmekandidat gehandelt. Jetzt nicht mehr. Die Abschreibungen der Société Générale infolge der Finanzkrise sind höher als die Kerviel-Milliarden. Die Bank gehört zusammen mit Crédit Agricole zu den am meisten betroffenen Banken im Land.



Jérôme Kerviel (r.) mit seinem Anwalt nach einer Anhörung bei den für Finanzstrafsachen zuständigen Untersuchungsrichtern am vergangenen Donnerstag

Dennoch scheint sie durch die Finanzkrise vorerst immunisiert. Die Übernahmeerüchte hat sie überwunden, die Rücktrittsfordernungen des Staatspräsidenten gegen Bankchef Daniel Bouton ausgesessen. Zwar zog sich Bouton einige Monate nach der Affäre auf den Posten des Verwaltungsratschefs zurück, dort redet er aber bis heute kräftig mit. Frédéric Oudéa, der neue Société-Générale-Chef, predigt gleichzeitig bei jedem Auftritt den Neuanfang.

Hinzu kommt, dass die Kerviel-Affäre die Société Générale zwingt, frühzeitig neues Kapital aufzunehmen. Daher konnte die Bank ihre neuen Aktien im Februar noch zu einem Preis am Kapitalmarkt verkaufen, der rückblickend recht hoch erscheint. Anders zum Beispiel als die Investmentbank Natixis, die nach Verlusten neue Aktien geradezu verschleudern musste. Anders womöglich auch als der Konkurrent BNP Paribas, der nach der Kerviel-Affäre Gefallen an einer Übernahme der Société Générale signalisierte.

BNP schlug sich zwar in der Krise zunächst recht gut, Analysten werten jetzt allerdings dennoch darauf, dass Frankreichs größte Bank zu einer Kapitalerhöhung gezwungen sein könnte. Und verweisen darauf, dass die Société Générale heute eine solidere Kapitalquote beim Kernkapital aufweise, als BNP. Die Société Générale hat zwar seit Anfang 2007 rund 63 Prozent an Börsenwert eingebüßt – der europäische Bankensektor laut Index aber 66 Prozent.

So hat die Krise die Affäre Kerviel fast vergessen gemacht. Der große Verlierer scheint im Augenblick Jérôme Kerviel selbst. Der ehemalige Wertpapierhändler wurde nach der Aufdeckung der Affäre von manchen wie ein Popstar gefeiert. So harsch, wie die Bankverantwortlichen alle Verantwortung für die Taten von sich wiesen, erntete Kerviel Sympathien. „Ein Verbrecher, ein Betrüger, ein Terrorist“, brach es aus Bouton he-

raus, der sich weigerte, Kerviels Namen überhaupt zu erwähnen. Der Händler gab ein Interview, gestand demütig seinen Teil der Verantwortung ein, fügte aber hinzu, er lasse sich nicht von der Société Générale „zum Sündenbock machen“.

Von Anfang an baute Kerviel seine Abwehrstrategie darauf auf, dass die Hauptschuldigen seine Chefs bei der Société Générale gewesen seien, die von all seinen Aktivitäten wussten oder hätten wissen können. Und dass er Jérôme Kerviel, nur ein kleines Rädchen im Getriebe war. Nur wenige Wochen nach den ersten Verhören wechselte Kerviel seine Anwälte. Gesprächspartner berichten, er sei immer bestimmter und fordernder aufgetreten. Kerviel verlangte, dass nicht nur seine Chefs aus der Handelsabteilung verhört wurden, sondern auch Bouton.

Dieser Tage nun wollen die Untersuchungsrichter ihre Ermittlungen abschließen. Bis es zur Anklage und zum Prozess kommt, wird es wahrscheinlich zwar noch bis in das kommende Jahr dauern. Aber jetzt schon gestand Kerviel Gesprächspartnern seine Enttäuschung über den Verlauf der Untersuchungen. Er habe „den Eindruck von Ermittlungen, die durch die Société Générale gesponsort werden“, zitierte Kerviel vergangene Woche der „Parisien“, deren Mitarbeiterin mehrere Gespräche mit Kerviel geführt habe. Der ehemalige Wertpapierhändler wehrte sich im Anschluss zwar gegen die Veröffentlichung der Zitate, die aus dem Zusammenhang gerissen seien. Aber dass er enttäuscht sei, berichten mehrere seiner Gesprächspartner.

„Ein Verbrecher, ein Betrüger, ein Terrorist“

Société-Générale-Chef Daniel Bouton über Jérôme Kerviel

Schwedens SEB bleibt auf Deutschlandtochter sitzen

Keine Kaufinteressenten für ehemalige BfG

VON TIM BARTZ, FRANKFURT, UND SVEN CLAUSEN, HAMBURG

Die schwedische Großbank SEB muss sich den erhofften Verkauf ihrer Deutschlandtochter abschminken. Nach FTD-Informationen hat sich kein Interessent für einen Kauf der früheren Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) gefunden, die seit 2000 zum SEB-Konzern gehört. Beauftragt mit dem Verkauf ist die US-Bank Morgan Stanley, die Informationsmemoranden mit Details zur deutschen SEB-Privatkundentochter verschickt – bislang ohne Erfolg. „Da geht gar nichts, in dieser Situation will keiner eine Bank kaufen, selbst wenn es ein kleines Institut ist“, sagen Insider mit Blick auf die Weltwirtschaftskrise und die angeschlagene Verfassung potenzieller Interessenten.

Dass sich in absehbarer Zeit die Chancen auf einen Verkauf erhöhen, ist unwahrscheinlich. Die Commerzbank muss den riskanten und mit 18,2 Mrd. € Staatsgeld alimentierten Kauf der Dresdner verdueren, die Deutsche Bank steigt mit Mühe bei der Postbank ein. Als weiterer logischer Kandidat gilt die Unicredit-Tochter HypoVereins-

bank. Doch die Münchener haben abgesehen. Interesse von ausländischer Seite – der Pariser Crédit Mutuel hatte 2008 die Citibank erworben – gibt es ebenfalls nicht.

Die deutsche SEB besteht aus zwei Teilen: Das Privatkundengeschäft unterhält 174 Filialen und betreut mit 1850 Mitarbeitern eine Million Kunden. Die Sparte, die im ersten Halbjahr 2008 gut 77 Mio. € Gewinn erwirtschaftet hatte, soll ausgelagert und so leichter verkaufsfertig gemacht werden. Hinzu kommen noch die Vermögensverwaltung, der Zahlungsverkehr und das Firmenkundengeschäft. Insgesamt arbeiten 3700 Beschäftigte für die SEB in Deutschland.

SEB-Konzernchefin Annika Falkengren hatte der Deutschlandtochter Ende 2005 eine Frist von zwei Jahren gesetzt, um so profitabel zu werden wie der Konzern. Nach Ablauf der Frist hatte sie dennoch an der deutschen SEB festgehalten und zeitweise sogar damit geliebäugelt, das Firmenkundengeschäft auszubauen. Aus dem Verkauf der angeschlagenen Mittelstandsbank IKB wurde indes nichts, US-Investor Lone Star erhielt den Vorzug.

Krise belastet Managerhaftpflicht

Kunden sorgen sich um Stabilität der Versicherer · Preise für Mittelstand fallen weiter

VON ANJA KRÜGER, HAMBURG

Die Finanzkrise droht, die Daseinsberechtigung der Managerhaftpflichtversicherung infrage stellen – zumindest für große Risiken. Angesichts der extrem hohen Schäden in der Finanzbranche warnen Einkäufer von Berufshaftpflichtversicherungen für Manager jedenfalls davor, dass die auf dem Markt erhältlichen Deckungssummen und die Risiken weit auseinanderklaffen. „Materielle Sicherheit in der Managerhaftpflichtversicherung wird es nicht mehr geben“, sagte Jurand Honisch, Versicherungseinkäufer und Risikomanager des Medienkonzerns Bertelsmann, zu dem auch die FTD gehört, auf einer Fachkonferenz in Hamburg.

Die weltweit zur Verfügung stehenden Deckungssummen in der sogenannten Directors' and Officers' Liability (D&O) betragen geschätzt 5 Mrd. \$. Angesichts der gigantischen Probleme, die derzeit zutage treten und die zu einer Scha-

denwelle führen, ist das aber zu wenig. Mit D&O-Policen sichern Unternehmen ihre Führungskräfte gegen Ansprüche aus beruflichen Fehlern ab, für die Manager sonst mit ihrem Privatvermögen haften müssten. Das Geschäftsfeld ist extrem intransparent, Anbieter geben keine Umsatz- und Schadenszahlen heraus. Schätzungen gehen für Deutschland von Prämieinnahmen von 300 Mio. € bis 500 Mio. € aus.

Zu den größten D&O-Anbietern in Deutschland gehört der europäische Ableger der angeschlagenen amerikanischen Versicherungsgruppe AIG, die ohne Staatshilfe zusammengebrochen wäre. Angesichts der Krise sorgen sich Kunden um die Stabilität der D&O-Versicherer, sagte Honisch. „Wir stellen uns immer häufiger die Frage nach der Stabilität der Risikoträger und ihren Überlebenschancen.“

Für Entscheidungsträger ist die D&O-Versicherung grundsätzlich extrem wichtig. Nach Honischs Einschätzung sehen Führungs-

kräfte die Absicherung bei AIG oder der Bermuda-Gesellschaft XL zurzeit sehr skeptisch. Gleichzeitig wollen die Versicherungseinkäufer nicht, dass diese Anbieter aus dem ohnehin engen Markt verschwinden. Auch die Neutralität der Versicherer im Schadenfall könnte die Finanzkrise infrage stellen, sagte Honisch. Das gelte etwa, wenn ein Anbieter bei einer Bank oder einem Fonds Geld verloren hat, für deren Manager ein von ihm versicherter D&O-Schaden gemeldet wird.

Unternehmen aus der Finanzbranche müssen derzeit bis zu 80 Prozent mehr für die Policen zahlen als im vergangenen Jahr. Für andere Konzerne bleiben die Preise für die Absicherung von Führungskräften stabil, für Mittelstandskunden haben sie sogar noch etwas nachgegeben, berichtete Diederik Sutorius, Geschäftsführer der Kölner VOV, über die sieben Versicherer D&O-Policen verkaufen. Die Prämien für die Policen sinken seit Jahren. Immer wieder rufen Anbieter die Trendwende aus, aber bislang ist sie – außer für Finanzdienstleister – ausgeblieben. „Gute Argumente, die Preise anzuheben, hätten die Versicherer genug“, sagte der auf D&O spezialisierte Makler Horst Ihlas. „Aber keiner tut es.“

Junge Sparte

Krisenprodukt Mit D&O-Policen sichern Firmen Manager gegen Ansprüche nach Fehlern im Job ab. Die Policen kamen in den USA nach der Großen Depression in den 1930er-Jahren auf. In Deutschland gibt es sie seit rund 20 Jahren.

Citigroup begibt Anleihe über 12 Mrd. Dollar

Die angeschlagene US-Großbank Citigroup hat staatlich abgesicherte Unternehmensanleihen mit der Rekordsumme von 12 Mrd. \$ aufgelegt. Die Papiere seien mit Bürgschaften der US-Einlagensicherung FDIC unterlegt, teilte das Institut am Freitag mit. Den Angaben zufolge begibt die Bank unter anderem eine Anleihe über 2,25 Mrd. \$, die bei variablem Zins über eineinhalb Jahre laufen soll. Es wurde erwartet, dass sie mit zehn Basispunkten über dem dreimonatigen Libor rentiert. Ein Papier über 350 Mio. \$ kommt demnach mit einer Laufzeit von 3,25 Jahren bei ebenfalls variablem Zins auf den Markt. Es dürfte 45 Basispunkte über dem einmonatigen Interbanken-Zins rentieren. Eine Anleihe über 7,5 Mrd. \$ wird zu einem Zins von 2,125 Prozent und mit einer Laufzeit von 3,25 Jahren angeboten – das wäre ein Renditeaufschlag von fast 106 Basispunkten gegenüber US-Staatsanleihen. Die Anleihen werden zur Refinanzierung alter Schulden oder zur Aufnahme frischen Kapitals ausgegeben. Die Citigroup hatte jüngst für das vierte Quartal einen Verlust von mehr als 8 Mrd. \$ bekannt gegeben und damit den fünften Milliardenverlust in Folge. REUTERS

DBAG schüttet trotz Krise Dividende aus

Die Deutsche Beteiligungs AG (DBAG) will trotz des ersten Verlusts seit sechs Jahren eine Dividende zahlen. Der Hauptversammlung werde eine Ausschüttung von 40 Cent je Aktie vorgeschlagen nach 3,50 € im Vorjahr, teilte der Finanzinvestor mit. Dafür greift die unter der Finanzkrise leidende Beteiligungsfirma in die Gewinnrücklagen, die sie in den vergangenen Jahren gebildet hat. Für das Geschäftsjahr 2007/08 (bis Ende Oktober) bestätigte die DBAG 51,1 Mio. € Nettoverlust nach dem Rekordgewinn von 136,5 Mio. € 2006/2007. REUTERS

Belgische Fortis erwartet 19 Mrd. Euro Verlust



Die angeschlagene belgische Fortis Bank geht für das vergangene Jahr von einem Nettoverlust von bis zu 19 Mrd. € aus. Hauptgrund sind Einmalbelastungen im Zuge der Abspaltung der erst kurz zuvor erworbenen Teile von ABN Amro in Höhe von mehr als 12 Mrd. €, wie das verstaatlichte Institut mitteilte. Daneben schlug aber auch eine weitere Verschlechterung des Kreditportfolios negativ zu Buche. Allein im Schlussquartal fiel ein Verlust von bis zu 5 Mrd. € an. Die Kernkapitalquote liege per Ende 2008 bei zehn Prozent, was dem Niveau der Deutschen Bank entspricht. Fortis war Teil eines Konsortiums, das die niederländische Bank ABN Amro vor mehr als einem Jahr für die Rekordsumme von 72 Mrd. € übernommen hatte. Daran hat sich Fortis inmitten der Finanzkrise aber erhoben und ist daher im Oktober von den Regierungen Belgiens, der Niederlande und Luxemburgs aufgespalten worden. Im Zuge dessen musste sich das Institut auch von den ABN-Teilen wieder trennen. Börsennotiert sind nun nur noch einige Versicherungsgeschäfte des früheren Finanzkonzerns Fortis. REUTERS

Irland erwägt Sicherung von Problemkrediten

Irlands Regierung erwägt einem Zeitungsbericht zufolge, die Problemkredite der heimischen Banken zu versichern. Damit wolle das Land weitere Verstaatlichungen verhindern, berichtet die „Sunday Tribune“ unter Berufung auf Regierungskreise. Das Vorhaben ähnele einem britischen Plan, bei dem die krisengeschüttelten Banken ihre riskanten Wertpapiere identifizierten und gegen mögliche Ausfälle bei der Regierung gebührenpflichtig absicherten. Im Fall Irlands konzentrierte sich der Plan auf Kredite, die die Geldhäuser an angeschlagene Immobilienentwickler vergeben hätten. Das Finanzministerium kommentierte den Bericht nicht. REUTERS